

OFFENE LINKE ANSBACH

Die Offene Linke im Ansbacher Stadtrat, Würzburger Landstraße 18, 91522 Ansbach,
www.offene-linke-ansbach.de

Ansbach, 06.12.2010

Erklärung zur Verabschiedung des Haushalts der Stadt Ansbach 2011

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir alle wissen: Der uns vorliegende Haushalt 2011 ist nicht ausgeglichen. Nach dem erneuten Ausbleiben finanzieller Hilfen von Bund und Land für die Pflichtausgaben des Bezirks Mittelfranken im sozialen Bereich, sah sich der Bezirkstag vergangenen Donnerstag gezwungen, den Umlagesatz um 4,8 Prozentpunkte anzuheben. Das bedeutet Mehrausgaben für die Stadt in Höhe von knapp 500.000 Euro gegenüber dem Haushaltsentwurf. Ursache sind die schwarz-gelben Irrfahrten in München und Berlin, die für Schuldenbremsen in den eigenen Haushalten das Ausbluten der kommunalen Ebenen wissentlich und willentlich in Kauf nehmen. Dass letztendlich Städte und Gemeinden die Zeche für die Errettung des Spekulationskapitals teuer bezahlen, können Sie in meiner Haushaltsrede 2008 nachlesen.

Aber auch die Haushaltsdebatte im Ansbacher Stadtrat zündete einige Irrlichter in Form unrealistischer Einnahmeerwartungen in Kenntnis der aktuellen Steuerschätzung: Während die erwartete Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen voll eingesetzt wurde, ließ eine Mehrheit die prognostizierte sinkende Einkommenssteuerumlage in Höhe von 400.000 Euro unberücksichtigt. Den Grundsatz von Wahrheit und Klarheit im Haushalt wird so auf den Kopf gestellt. Zuzüglich zu einigen weiteren vagen Mondbuchungen auf der Einnahmeseite ergibt sich im Haushalt rund eine Million Euro Unterdeckung. Um zumindest das Va-Banque-Spiel mit der Bezirksumlage in Zukunft zu vermeiden und um die November-Steuerschätzung seitens der Verwaltung besser in den Entwurf integrieren zu können, schlage ich eine Verschiebung der Haushaltsberatung und -verabschiedung im Jahr 2011 um zwei Wochen nach hinten vor.

Apropos Steuerschätzung: Es muss nachdenklich stimmen, wenn trotz deutlich gesunkenen offiziellen Arbeitslosenzahlen in Ansbach parallel die Einnahmen aus der Einkommenssteuer zurückgehen und obendrein die Sozialausgaben der Stadt steigen. Ich möchte an dieser Stelle eine gerade für den Arbeitsmarkt in unserer Stadt bedeutende Statistik in Erinnerung rufen: Die Arbeitsagentur veröffentlichte am 18.11.10, dass die Zahl der Menschen, die zu Niedriglöhnen beschäftigt sind, seit 2001 bundesweit von 16 auf 22 Prozent angestiegen ist. Unter den Frauen in Westdeutschland arbeiten sogar 35 Prozent im Niedriglohn-Sektor.

Insbesondere in Ansbach, das mit neun Prozent Leiharbeitern unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine der höchsten Quoten in dieser Branche in der Bundesrepublik aufweist und die gleichzeitig mit einem Durchschnittslohn von unter 1.300 Euro brutto an der Rezat sehr unterdurchschnittlich bezahlt ist, ist das Phänomen „arm trotz Arbeit in Ansbach besonders stark vertreten. Es gilt daher, wirtschafts- und sozialpolitische Aktivitäten mit dem Ziel anzustreben, allen Menschen in unserer Stadt eine existenzsichernde Entlohnung und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt zu ermöglichen.

Eine aktive Sozialpolitik kann ich nach wie vor nur rudimentär erkennen. Dass die über 800 Kinder, die unserer Stadt SGB-Leistungen beziehen müssen, keinen Einkaufsgutschein im Brücken-Center benötigen, sondern vielmehr die Möglichkeit, ein Musikinstrument zu erlernen, im Verein Sport zu treiben und unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern Bildungsangebote wahrzunehmen, habe ich in mehreren Anträgen deutlich gemacht, die Sie mehrheitlich abgelehnt haben. Vielleicht zwingt Sie kommendes Jahr Ministerin von der Leyen, Kinderarmut und Ausgrenzung auf kommunaler Ebene in Form von Gutscheinen aktiver zu bekämpfen. Nichts desto trotz hoffe ich, dass auch ohne Ukas aus Berlin Mehrheiten für ein sozialeres Ansbach in diesem Rat vorhanden sein werden.

Ein weiteres bislang völlig unbeackertes Feld der Sozialpolitik ist der Wohnungsmarkt in Ansbach. Der Stadtrat hat sich hier seiner Steuerungsmöglichkeiten bekanntlich bereits vor Jahren selbst beraubt. Nun stehen wir bar adäquater Immobilien vor einer Wohnungsnot unter den Studenten, die sich angesichts des Doppelabiturjahrgangs 2011 sicherlich nicht abmildern wird. Eine Stadt, die sich aus Kostengründen nicht einmal einen Mietspiegel leisten will, wird wohl in den kommenden Jahren nicht aus eigener Kraft in der Lage sein, in Form von Bau- oder Kaufstätigkeit positiv auf den Angebotsmarkt einzuwirken. Daher gilt es kurzfristig, potenzielle Investoren im Immobilienbereich mit Anreizen wie etwa Mietgarantien in Richtung Bau bezahlbaren Wohnraums zu bewegen. Als Prototyp dieses Vorgehens böte sich der Graue Wolf an.

Im Übrigen würde als Nebeneffekt eines Unterlassens von kommunalem Engagement in diesem Bereich mittel- und langfristig nicht nur die Sozialausgaben der Stadt in Folge steigender Mieten und daraus resultierenden höheren Kosten der Unterkunft nach dem SGB weiter ausufern lassen, sondern auch die Ansiedlung von akademischem Nachwuchs verhindern, den Ansbach für seine Entwicklung dringend braucht und der überdies durch Erstwohnsitznahme während des Studiums positive Auswirkungen für Einwohnerzahl und damit auf die Schlüsselzuweisungen unserer Stadt hätte. Die Offene Linke wird längst überfällige Anstrengungen in diese Richtung durch Anträge im Wirtschaftsausschuss auf die Tagesordnung bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

abseits der stark verbesserungsfähigen kommunalen Sozialpolitik findet man im Haushalt 2011 Licht und Schatten:

Betrachtet man den Verwaltungshaushalt, fällt etwa die Entwicklung der Budgets der Schulen negativ ins Auge. Nachdem diese in den vergangenen drei Jahren bereits um insgesamt 11% gekürzt wurden, fand sich überraschenderweise eine -man muss sie so nennen- Rasenmäher-Koalition zusammen, die den Deckungsring Gebäudeunterhalt pauschal um 9% zusammen strich. Ich frage mich, ob es der BAP bewusst war, dass diese Einsparung zu großen Teilen wiederum die Bildungseinrichtungen trifft, als sie diesem Tabula-Rasa-Antrag der CSU zustimmte. Für die Berufsschule zum Beispiel hat diese Maßnahme eine zusätzliche Kürzung in Höhe von 12.000 Euro oder nochmals 4,3% der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel zur Folge.

Positiv hingegen die Mehrheiten für die Anträge der Offenen Linken für die wichtigen Investitionen in die EDV-Ausstattung der Schulen sowie für ein verbessertes Radwegenetz. Es ist gut, dass auch die kulturelle Vielfalt in Ansbach durch Zuschüsse für ein Weiterbestehen der Kammerspiele langfristig gesichert werden konnte.

Die mit großer Mehrheit beschlossene qualitative und quantitative Verbesserung des Angebots im ÖPNV lässt die flächenmäßig fünftgrößte Stadt Bayerns näher zusammen rücken und bedeutet gerade für Jugendliche sowie für Seniorinnen und Senioren mehr Lebensqualität. Dass sich das rechte Drittel so vehement einer Mitwirkung an dieser auch die Wirtschaftsförderung flankierenden Maßnahme verschloss und stattdessen mehr und billigere Parkplätze forderte, lässt deren antiquierte Vorstellungen einer Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik im 21. Jahrhundert deutlich zu Tage treten.

Wenn wir allerdings unsere Worte ernst nehmen, wonach ein verbesserter ÖPNV auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gerade für sozial Benachteiligte sichern soll, dann gilt es, die für 2012 angekündigte Tarifierhöhung mit einer sozialen Komponente zu versehen. Ich kann eine Fahrpreiserhöhung nur unter der Maßgabe mittragen, dass der Zugang zu Mobilität für alle Menschen in unserer Stadt ermöglicht wird. Eine solidarische Preisstaffelung refinanziert sich zudem durch höhere Auslastung weitgehend selbst, wie Beispiele aus anderen Städten zeigen.

Frau Oberbürgermeisterin, ich habe den Haushalt 2010 unter Hinweis auf die Privatisierung der Reinigung öffentlicher Gebäude, die nichts anderes war, als eine kommunale Förderung von Leiharbeit und Niedriglohn, abgelehnt. Vielmehr ist es an der Zeit, Vergaberichtlinien der Stadt zu erarbeiten, die mithilfe von festgeschriebenen Mindestlöhnen gute Arbeit fördern.

Nach einem Jahrzehnt der Privatisierung und Ausgliederung öffentlicher Aufgaben scheint sich allerdings auch in Ansbach der Zeitgeist des Neoliberalismus jetzt dem Ende zu neigen. Erstmals wurde nach dem Ausverkauf von Stadtwerken und kommunalen Wohnungen, nach der Ausgliederung von Abwasserentsorgung und Reinigung, in diesem Jahr der Trend durch das Insourcing der Wirtschaftsförderung gestoppt. Das zarte Pflänzchen namens Rekommunalisierung kann nun mit größtmöglicher Transparenz in einem öffentlichen Ausschuss genährt werden.

Transparenz gilt es auch in den zentralen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu schaffen. Die Bürger sehen sich steigenden Energie- und Abwasserpreisen gegenüber, erfahren jedoch nichts über Kostenbeteiligung der Stadtwerke und der hundertprozentigen Stadtochter Awean in Zusammenhang mit der Errichtung der Trabantenstadt am Uras. Wie hoch der Deckungsgrad dieser Gesellschaften beim Bau der militärischen Parallelwelt ist, bleibt Herrschaftswissen. Gerüchte, dass die Bevölkerung indirekt für den Uras zuzahlt, können so nicht ausgeräumt werden.

Im Interesse der Kostenkontrolle und dem Ziel der Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen wird sich die Offene Linke dafür einsetzen, dass mittelfristig Awean, langfristig die Stadtwerke, den rechtlichen und organisatorischen Weg beschreiten, den die WEG 2010 gegangen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich beim Thema Uras kurz auf einen nicht als gering einzuschätzenden Erfolg für die kommunale Selbstverwaltung zu sprechen kommen: Am 29.06. hat unserer Rat einstimmig ein größenwahnsinniges Verkehrsprojekt für die Erschließung einer Militärsiedlung hinter Stacheldraht abgelehnt und so erheblichen Schaden von unserer Stadt, wie Flächenfraß, Steuergeldverschwendung und Enteignungen, abwenden können. Die Geschlossenheit in einer Frage, bei der es noch 2009 geheißt hatte „wir können ja sowieso nichts machen“, hat für positiven Widerhall in der Bevölkerung gesorgt.

Nicht nur in der Frage dieser Verkehrsanbindung sollten wir gemeinsam nach Lösungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger suchen, sondern auch Schritte hin auf eine zivile Zukunft unserer Stadt gehen. Ansbach wird früher oder später eine Stadt ohne Militär sein, ob es manche in diesem Hause wollen oder nicht. Wir sind in der Pflicht, die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten eines Teilabzugs oder Komplettabzugs der US-Armee frühzeitig zu erkennen, damit Ansbach die Konversion ähnlich erfolgreich gestalten kann wie viele andere fränkische Städte.

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, neben der Umsetzung der Vision eines sozialeren und ökologischeren Ansbachs liegen in den kommenden Jahren zahlreiche Investitionsaufgaben, insbesondere im Bereich der Sanierung der Schulgebäude vor uns. Gleichzeitig belastet die Sanierung des Onolzbachgewölbes den Haushalt

erheblich. Dennoch sind trotz steigender Pflichtleistungen Kürzungen bei freiwilligen Leistungen und überplanmäßige Darlehensaufnahmen aus guten Gründen politisch nicht erwünscht. Um das Investitionsvolumen 2012 zu stemmen bleibt somit aus heutiger Sicht nur eine nachhaltige Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt. Hierzu habe ich den Vorschlag einer moderaten Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes unterbreitet, der sowohl im Lichte der wirtschaftlichen Lage zumutbar als auch grundsätzlich gesellschaftlich vertretbar gewesen wäre, da starke Schultern etwas mehr getragen hätten als schwache. Auch wenn diese Diskussion für OB und Stadtratsmehrheit in diesem Jahr ein rotes Tuch gewesen war, müssen wir uns 2011 jenseits der Angst mancher Kollegen vor politischem Selbstmord ernsthafte Gedanken über eine nachhaltige Finanzierung machen, falls die monetäre Verantwortung für die Investitionen von heute nicht über Gebühr in die Generation von morgen verschoben werden soll.

Warnen möchte ich vor der Versuchung, zentrale öffentliche Aufgaben durch ehrenamtlichen Aufwand ersetzen zu wollen. Wir haben in Ansbach viele Formen funktionierendem bürgerschaftlichen Engagements. Sowohl permanente Einrichtungen wie die Freiwilligenagentur als auch projektbezogene Aktivitäten wie für den Fitness-Parcours bereichern unser Gemeinwesen. Lassen Sie uns gerade die individuellen ehrenamtlichen Projekte verstärkt unterstützen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Der vorliegende Haushalt birgt die Gefahr von Deckungslücken. Ansätze einer aktiven Sozialpolitik sind kaum erkennbar. Die Umsetzung richtiger ökologischer Zielsetzungen kommen etwas zu langsam in Gang. Maßnahmen zur Interaktion von Jugend und Studentenschaft mit der Stadt sind stark ausbaufähig: Die Kommune muss näher an die Hochschule, die Hochschule näher an die Kommune.

Ebenso ausbaufähig sind Bemühungen für die Integration der 3.000 in Ansbach gemeldeten Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne deutschen Pass - und damit meine ich nicht das so genannte US-Gefolge, das nicht meldepflichtig ist. Dennoch sollte auch der Skandal, dass Kinder deutscher Staatsangehörigkeit, die diesem „Gefolge“ laut NATO-Truppenstatut angehören, de facto nicht Ansbacher Kindergärten besuchen können, 2011 auf die Agenda des Stadtrats. Hier sind die Gaststreitkräfte in die Pflicht zu nehmen, wenn diese sich nicht weiter desavouieren wollen.

Im Rahmen der Haushaltsdebatte wurden abgesehen von einigen eingangs erwähnten Luftbuchungen sinnvolle Korrekturen verwirklicht. Die Chancen für Rekommunalisierung und somit für Transparenz und Bürgerbeteiligung sind 2010 gestiegen. In der Gesamtschau sehe ich im Haushalt 2011 etwas mehr Licht als Schatten und stimme dem vorliegenden Werk -wenn auch nicht ganz bauchschmerzfrei- zu.

Mein Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen für die in großen Teilen fair und konstruktiv geführte Haushaltsdebatte, vor allem jedoch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Ansbach, insbesondere dem Finanzreferenten sowie dem Team der Stadtkämmerei.

Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, wünsche ich angesichts der aktuellen Debatte auch im Jahr 2011 die Kraft, die Arbeit für unsere Stadt einem Kniefall vor der römischen Kurie respektive der CSU vorzuziehen. Ihre Entscheidung, der Einladung Seehofers nach Rom nicht zu folgen, werte ich nicht nur als Ausdruck von Kostenbewusstsein, sie zeugt vielmehr auch von einem gesunden Laizismus. Ihrem ersten Stellvertreter wünsche ich die Fähigkeit, die einzig logische politische Konsequenz aus seinen Aussagen in der Stadtratssitzung vom 23.11.10 zu ziehen.

Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich einen erholsamen Jahreswechsel, um 2011 Entscheidungen für ein soziales, ökologisches und ziviles Ansbach mutig in Angriff zu nehmen. Es sind Mehrheiten für diese Ziele potenziell vorhanden. Nutzen wir sie!

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat